



## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
27.11.2025 tagesschau.de: Brandenburg: Langer und teurer AKW-Rückbau in Rheinsberg	4
27.11.2025 evangelisch.de : Endlager Schacht Konrad: Immer teurer, immer später	6
28.11.2025 dewezet.de (Deister- und Weserzeitung): Atommüll-Endlagersuche auch in Schaumburg und Hameln? BGE lädt zur Infoveranstaltung	8
28.11.2025 Aachener Zeitung Stadt: Castoren rollen noch nicht	9
28.11.2025 Odenwälder Zeitung: Noch mehr beschädigte Fässer	11
28.11.2025 Aachener Zeitung Stadt: Sorgfalt vor Schnelligkeit	13
28.11.2025 Westfälische Nachrichten Gronau: Verfahrenstechnisches Dickschiff	14
28.11.2025 Hersfelder Zeitung: Endlagersuche: Ungewissheit im Kreis bleibt	16

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



tagesschau.de

## Brandenburg: Langer und teurer AKW-Rückbau in Rheinsberg

27. November 2025 09:25 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Seit 30 Jahren bauen Beschäftigte im brandenburgischen Rheinsberg das erste Kernkraftwerk der DDR zurück. Der Rückbau soll bereits 850 Millionen Euro gekostet haben - und dürfte weitere 20 Jahre dauern.

Am Tor zum Kernkraftwerk Rheinsberg im Kreis Ostprignitz-Ruppin in Brandenburg prangen eine Friedenstaube und ein **Atomsymbol**. Sie erinnern an ein strahlendes DDR-Erbe, das heutige Generationen seit Jahrzehnten beschäftigt. Bereits seit dreißig Jahren bauen Beschäftigte eines bundeseigenen Unternehmens im Wald nahe der Mecklenburgischen Seenplatte die radioaktiven Relikte des **Atomzeitalters** seit 30 Jahren ab.

Damit verschwindet das erste **Atomkraftwerk** des ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaates, das das SED-Regime stolz auf dem damaligen Zehn-Mark-Schein verewigen ließ. Offiziell hatte das erste wirtschaftlich genutzte Kernkraftwerk auf deutschem Boden am 9. Mai 1966 seinen Betrieb aufgenommen. Neun Jahre vorher hatten DDR-Bürger mit dem Bau begonnen - unterstützt von der Sowjetunion. Das AKW wurde 1966 in Betrieb genommen.

"Komplexer, aufwändiger Prozess"

"Damals in den 1960er Jahren war man noch nicht so weit, dass man von hinten gedacht hat, wie man später auch die Anlage zurückbauen kann", sagt der kaufmännische Geschäftsführer des **Entsorgungswerks für Nuklearanlagen** (EWN), Markus Lindner. Er verantwortet die Arbeiten. "Das ist ein sehr komplexer, aufwändiger Prozess." Allein 70.000 Tonnen Beton müssten die Beschäftigten auf Radioaktivität untersuchen - überwacht von der **Atomaufsicht** und durch Strahlenschützer, erklärt Lindner. Einige Gebäude des Kernkraftwerkes ragten früher bis zu neun Meter tief in die Erde.

Der Abriss des alten **Atommeilers** ist so riskant, dass das SPD-geführte Brandenburger Umweltministerium im Dezember des vergangenen Jahres verboten hatte, Proben aus radioaktivem Schlamm zu nehmen. Die ihm untergeordnete **Atomaufsicht** verlangte, dass dafür Nachweise zum Arbeitsschutz vorgelegt werden.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg stoppte aber Mitte Oktober die **atomrechtliche** Anordnung. Das Gericht bemängelte Fehler im Bescheid der Behörde. Das Brandenburger Umweltministerium prüft momentan nach Angaben eines Sprechers, ob es wegen des Urteils vor das Bundesverwaltungsgericht ziehen wird.

Abfälle lagern jetzt in

Mecklenburg-Vorpommern

Umstritten ist also, wie gefährlich der Rückbau noch ist. "Das Gefahrenpotential eines Kernkraftwerkes für die Bevölkerung nimmt insbesondere durch den Abtransport der Brennelemente aus dem Brennelementlagerbecken und der besonders stark kontaminierten oder aktivierten Bauteile während der Stilllegung sukzessive ab", erklärt ein Sprecher des Bundesumweltministeriums.

In Rheinsberg hat der Rückbau 1995 begonnen - fünf Jahre, nachdem das Kernkraftwerk abgeschaltet worden war. 2001 transportierten Castoren die letzten Brennelemente von dort in ein Zwischenlager nach Mecklenburg-Vorpommern. Der mehr als elf Meter hohe und mehr als 100 Tonnen schwere Reaktordruckbehälter folgte 2007.

EWN-Sprecher Kurt Radloff betont, dass mittlerweile sämtliche hochradioaktiven Abfälle aus Brandenburg im Zwischenlager in Lubmin seien: "Alle sonstigen radioaktiven Abfälle, die beim Rückbau anfallen, sind schwach- oder mittelradioaktiv."

Umweltministerium:

Atommüll vor Drohnen gesichert

Diese radioaktiv strahlenden Stoffe verstauen die Arbeiter in Rheinsberg vor dem Transport nach Lubmin unter anderem in gelben Fässern. Die Sicherheit des Atommülls kontrollierten die zuständigen Behörden regelmäßig - auch zum Schutz vor terroristischen Angriffen oder Sabotageakten zum Beispiel mit Sprengstoffen, Waffen und Drohnen, erklärt der Sprecher des Bundesumweltministeriums. "Insgesamt ist aktuell der von Ihnen angesprochene 'Atommüll' ausreichend vor Drohnen gesichert."

Kernbrennstoffe sollten ursprünglich maximal vierzig Jahre in Castorbehältern aufbewahrt werden. So lange gilt die Genehmigung. "In über dreißig Jahren Zwischenlagerbetrieb wurden keine sicherheitsrelevanten Alterungseffekte an den Behältern festgestellt", ergänzt der Sprecher. Forschende hätten bestätigt, dass das Inventar in den Behältern auch deutlich länger als 40 Jahre sicher aufbewahrt werden könne. Das Bundesumweltministerium überwacht den Atommüll aus Rheinsberg.

Milliardenkosten

für Rückbau

In Brandenburg schätzt der EWN-Geschäftsführer, dass es noch bis Mitte der 2040er Jahre dauern werde, das Kernkraftwerk dort komplett zu entsorgen. Und das wird teuer: Laut seiner Schätzung wird der gesamte Rückbau mindestens 1,5 Milliarden Euro kosten. 130 Menschen arbeiteten momentan daran mit, erzählt Markus Lindner. Personal und Budget seien problematisch, meint der Chef des bundeseigenen Unternehmens. Früher hätten in dem Kernkraftwerk bis zu 650 Menschen gearbeitet. Während der Corona-

Pandemie sei der Haushalt aber angespannt gewesen.

"Wir mussten 20 Leiharbeiter nach Hause schicken", sagt der Chef. Jetzt sei es schwierig, Nachwuchs zu finden. Lindner warnt auch vor technischen Herausforderungen: "Wir wissen nicht, was uns erwartet beim Rückbau." Deswegen müssten seine Beschäftigten nach neuen Messwerten für die Radioaktivität die bestehenden Pläne immer wieder anpassen. Die Geschichte des Atomkraftwerks in Rheinsberg dürfte also noch lange nicht abgeschlossen sein.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 evangelisch.de

## Endlager Schacht Konrad: Immer teurer, immer später

27. November 2025 15:52 | Medienart: Online | Visits/Monat: 440.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Salzgitter, Berlin. Der Umbau des früheren Eisenerzbergwerks Schacht Konrad zum nationalen Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll wird immer teurer. Die Gesamtkosten für die Errichtung belaufen sich aktuell auf rund 6,7 Milliarden Euro, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Linken-Bundestagsabgeordneten Cem Ince hervorgeht. Die Antwort liegt dem Evangelischen Pressedienst (epd) vor.

Bei Beginn der Arbeiten im Jahr 2002 wurden die Kosten für die Umrüstung des Bergwerks offiziell noch mit 1,6 Milliarden Euro angegeben. In den Folgejahren bewegten sich die Schätzungen immer weiter nach oben. Noch 2023 beliefen sie sich auf 6,3 Milliarden Euro.

Für Einlagerung des Atommülls fallen weitere Kosten an

Die Kosten für den eigentlichen Bau des Endlagers gibt die Bundesregierung nun mit 5,8 Milliarden Euro an. 0,9 Milliarden Euro wurden demnach für die Planung und Erkundung vor Beginn der Errichtung aufgewendet. Weitere 165 Millionen Euro pro Jahr sind für den späteren Einlagerungsbetrieb kalkuliert, die Befüllung des Endlagers soll ungefähr 30 Jahre dauern. Die Regierung beruft sich bei ihren Angaben auf aktuelle Schätzungen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

Auch der Zeitpunkt der Inbetriebnahme von Schacht Konrad hat sich immer weiter nach hinten verschoben. Ursprünglich war sie für 2013 angekündigt. Inzwischen geht die BGE von einem Einlagerungsbeginn

„Anfang der 2030er Jahre“ aus. Unklar ist zudem, ob das **Endlager** überhaupt den Betrieb aufnehmen kann. Beim niedersächsischen Obergericht in Lüneburg sind Klagen der Umweltverbände BUND und Nabu gegen den Planfeststellungsbeschluss von 2002 anhängig. Wann darüber verhandelt wird, steht nach Angaben eines Gerichtssprechers vom Donnerstag noch nicht fest.

Abgeordneter: Schacht Konrad wäre ohnehin zu klein

„Das Projekt Schacht Konrad entwickelt sich zu einem Fass ohne Boden“, sagte Ince. Ein Ende der Kostenexplosion sei nicht absehbar. Bevor das Milliardengrab noch größer werde, müsse die Politik „endlich die Reißleine ziehen“.

Der Abgeordnete wies darauf hin, dass selbst bei einer Inbetriebnahme von Schacht Konrad der Platz darin nicht reiche, um alle in Deutschland anfallenden schwach- und mittelradioaktiven Abfälle aufzunehmen. Das Lager ist für bis zu 303.000 Kubikmeter **Atommüll** genehmigt. Die aus dem havarierten Bergwerk Asse II zu bergenden Fässer sowie die Rückstände aus der Urananreicherung im westfälischen Gronau könnten dort nicht mehr eingelagert werden.

---

Digital am 2. Dezember

# Atommüll-Endlagersuche auch in Schaumburg und Hameln? BGE lädt zur Infoveranstaltung

Landkreis

Für ein Atommüll-Endlager in Deutschland kommen auch Gebiete in Schaumburg in Frage. Ob das auch für Rinteln und Hameln gilt, soll sich im kommenden Jahr klären. Nun lädt die verantwortliche Bundesgesellschaft zu einer digitalen, öffentlichen Info-Veranstaltung.

Könnte es irgendwann ein Atommüll-Endlager in Schaumburg geben? Die Nachricht, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) auch Gebiete im Auetal, in Eilsen, Obernkirchen sowie nördlich von Stadthagen und bei Apelern in Betracht zieht, hatte Anfang November hohe Wellen geschlagen. Natürlich wird aber nicht nur in Niedersachsen nach geeigneten Gebieten gesucht, sondern in vielen Regionen Deutschlands.

Die BGE lädt nun alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung ein, wie die Gesellschaft mitteilt. Wie soll der künftige Standort gefunden werden? Und wie kann sich die Öffentlichkeit an dem Verfahren beteiligen?

## Atommüll-Endlagersuche: Infoveranstaltung für Bürger

Antworten auf diese und andere Fragen verspricht die BGE am kommenden

Dienstag, 2. Dezember, in der Veranstaltungsreihe „Zukunft sicher gestalten: Endlagersuche in Deutschland – die Basics“.

Die Veranstaltungsreihe des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und der BGE richtet sich an alle interessierten Bürger und will „einen Einstieg in das Thema „Endlagersuche“ und einen Einblick in den aktuellen Stand des Verfahrens“ geben.

Die Veranstaltung ist auf zwei Stunden angelegt und findet rein digital statt, und zwar zwischen 17 und 19 Uhr. Den Zugangslink zur Veranstaltung finden Bürger unter [www.base.bund.de/shared-docs/termine/de/2025/1202-digitale-infoveranstaltung.html](http://www.base.bund.de/shared-docs/termine/de/2025/1202-digitale-infoveranstaltung.html). Für die Veranstaltung ist keine vorherige Anmeldung notwendig.

Wie berichtet, kommt nach einer ersten Prüfung laut der BGE etwa ein Viertel der Fläche Deutschlands als Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Frage. Bis 2026 soll die Suche verfeinert und weitere Gesteinsschichten untersucht werden; beispielsweise in den Gebieten rund um Rinteln, Hessisch Oldendorf und Hameln, die bislang auf der veröffentlichten Karte noch grau hinterlegt sind. Bis 2027 sollen dann einige wenige Gebiete in Deutschland auserkoren werden, wo dann eine Atommüll-Endlagerung ernsthaft geprüft werde.

Die BGE mit Sitz in Peine in Niedersachsen ist zuständig für die Suche nach dem aus wissenschaftlicher Sicht bestmöglichen Standort für ein Atommüll-Endlager, das für mindestens eine Million Jahre Sicherheit bietet – so sieht es das Standortauswahlgesetz vor.

Wörter:	339	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Marieluise Zacharias	Visits (VpD) <sup>1</sup> :	3.458.294
Rubrik:	Schaumburg	Unique Users (UUpD) <sup>2</sup> :	20.000
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.dewezet.de/lokales/schaumburg/atommuell-endlager-in-schaumburg-oder-hamel-bge-laedt-zu-oeffentlicher-infoveranstaltung-T6G62OMTENGLTMYNHHYON37XGQ.html>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 09-2025

<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

## Castoren rollen noch nicht

Eigentlich sollten die Transporte noch im November in Jülich starten. Doch die Erstellung eines Strahlenschutzkonzeptes zieht sich. Das entlastet die NRW-Polizei – gerade in der Adventszeit.

**Düsseldorf** Das NRW-Innenministerium ist Bedenken entgegengetreten, dass es bereits kurzfristig zu einem Castortransport von Jülich nach Ahaus kommen könnte. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte auf Anfrage unserer Zeitung, die Kreispolizeibehörde Münster sehe „die Umsetzung einer durch eine externe Fachfirma erstellten Strahlenschutzkonzeption unter besonderer Berücksichtigung gesundheitlicher sowie arbeitsschutzrechtlicher Aspekte beziehungsweise Vorgaben für die Transporte vor“. Dabei würden die örtlichen und landesweiten Personalvertretungen eingebunden. „Erst wenn die polizeilichen Anforderungen an die Sicherheit der Transporte allseits erfüllt sind – hierzu gehört auch das ganzheitlich abgestimmte Strahlenschutzkonzept – kann eine konkrete Terminierung und Vorbereitung der Transporte erfolgen.“ Genau ein solches Sicherheitskonzept hatten die Polizeigewerkschaften in NRW eindringlich gefordert.

Ein Sprecher der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) erklärte, Details zu den möglichen Transportterminen würden als Verschlussache eingestuft und könnten entsprechend nicht kommentiert werden.

Der BUND NRW versucht immer noch, die aus seiner Sicht unsinnigen Transporte gerichtlich zu stoppen. Man habe eine sogenannte Zwischenverfügung beantragt, erklärte Geschäftsleiter Dirk Jansen.

Jansen kritisierte die vielen Schwärzungen in den Verfahrensunterlagen. Dadurch könnten wesentliche Dinge nicht geprüft und bewertet werden. „Wir haben deshalb auch beantragt, die Schwärzungen der von der Genehmigung umfassten Beförderungstrecken

auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen.“ Jansen kritisiert die Geheimhaltung als sinnfrei, da der Transport von 152 Castorbehältern sowieso nicht unbemerkt ablaufen werde.

Das beklagte Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) habe wiederum wegen der vielen vom BUND angesprochenen Themenbereiche eine Fristverlängerung bis zum 3. Dezember beantragt. Dem habe das Verwaltungsgericht Berlin entsprochen. Gleichzeitig habe das Gericht das beigeladene Transportunternehmen Orano gebeten, ausdrücklich zuzusichern, dass kein Transport vor einer gerichtlichen Entscheidung erfolgen werde, sagte Jansen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sei eine solche Zusage aber noch nicht eingegangen.

Der BUND bleibt bei seiner Auffassung, dass keine Eilbedürftigkeit bestehe, die 152 Castoren mit den 300.000 Brennelementen nach Ahaus zu bringen. Ein sofortiges Vollziehungsinteresse an der Transportgenehmigung habe nicht plausibel dargelegt werden können. „Insofern sind wir optimistisch, dass unserem Antrag stattgegeben wird“, so Jansen. Er könne und wolle sich zudem nicht vorstellen, dass die Castortransporte im Advent auf die Autobahn geschickt würden. „Auf jeden Fall ist es definitiv besser, die zur Sicherung der Transporte notwendigen Polizeikräfte zum Schutz unserer Weihnachtsmärkte einzusetzen, als sie für sinnfreie Atommülltransporte zu binden.“

Die Landeschefin der Grünen, Yazgülü Zeybek, hatte jüngst die Hoffnung geäußert, dass es größere Proteste gegen die Castortransporte geben werde. Dazu sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Zeitung: „Na-

türlich können die Leute protestieren. Aber sie müssen sich an Recht und Gesetz halten.“ Wenn Gewalt angewendet werde oder der Transport und damit Menschen gefährdet würden, sei Schluss. „Je vernünftiger sich die Protestierenden verhalten, desto weniger Polizisten müssen wir einsetzen. Ich finde es nicht in Ordnung, die halbe Polizei von NRW damit zu beschäftigen.“ Er hoffe, es werde nicht so wie bei Gorbelen. „Manchmal braucht es ja nur einen Funken, der überspringt, und dann kommen Leute aus aller Welt, und das Gewaltpotenzial wächst.“

Mit Blick auf die drohenden zusätzlichen Überstunden auch aufgrund der Castortransporte sagte der Minister, er könne das bei Großereignissen nicht ändern. „Allerdings möchte ich grundsätzlich an dem Aufwachen der Überstunden etwas ändern, und dabei setze ich auf die Führungskräfte. Bereitschaftspolizisten aus den Hundertschaften, die am Wochenende im Einsatz waren, müssen unter der Woche häufiger freibekommen. Auch um sich zu erholen.“

Die Transporte selbst werden der JEN rund 40 Millionen Euro an direkten Kosten verursachen. „Diese beinhalten nicht die Kosten der polizeilichen Begleitung“, sagte ein JEN-Sprecher. Auf die Frage, welche Zusatzkosten durch eine Verzögerung der Transporte entstünden, sagte er, der Betrieb des Behälterlagers verursache Kosten von knapp zehn Millionen Euro pro Jahr. „Diese Kosten entfallen, sobald der letzte Behälter das Zwischenlager verlassen hat. Hierbei rechnen wir mit einer Gesamtdauer der Transporte von rund zwei Jahren. Verzögern sich die Transporte, müsste der Betrieb des Zwischenla-

gers weiter aufrechterhalten werden.“

> **Meinung**

Wörter:	618	Ausgabe:	Hauptausgabe
Autor/-in:	von Sina Zehrfeld, Christian Schwerdtfeger und Maximilian Plück	Auflage <sup>1</sup> :	15.149 (gedruckt) 17.827 (verkauft) 18.050 (verbreitet)
Seite:	1	Reichweite <sup>2</sup> :	0,08287 (in Mio)
Ressort:	Titelseite		
Rubrik:	Aachener Zeitung Stadt		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 10/2025  
<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

## Noch mehr beschädigte Fässer

Atomenergie: Im ehemaligen Kernkraftwerk Biblis sind an verschiedenen Stellen weitere beschädigte Behälter entdeckt worden.

Biblis. Rund ein Jahr nach der Entdeckung eines korrodierten Fasses im Zwischenlager des Kernkraftwerks Biblis ist die Ursachenforschung für die Ursache der Durchrostung immer noch nicht geklärt. Dies bestätigte eine Sprecherin der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) auf Anfrage. In dem 400-Liter-Fass lagern schwach- und mittelradioaktiv belastete Abfälle aus dem früheren Leistungsbetrieb des Kernkraftwerks Biblis, also Werkzeuge, Kleidung, Filter und sonstige Verbrauchsmaterialien. Das Fass war 1980 verpackt worden. Da das Fass mit Beton ausgegossen wurde, gehe von ihm keinerlei Gefahr aus. „Der Austritt einer Flüssigkeit war somit nicht möglich“, bestätigt auch die Atomaufsicht des Landes Hessen, die beim Landwirtschaftsministerium angesiedelt ist. Unterdessen ist am 14. November dieses Jahres ein weiteres korrodiertes Fass entdeckt worden. Dieses Fass steht in Block B des ehemaligen Kernkraftwerksbereichs, also in einem besonders geschützten Kontrollbereich, in dem offene Strahlenbelastung zulässig ist. Auch hier läuft die Ursachenforschung für die Leckage noch.

In dem neu entdeckten Fass wurden ebenfalls strahlenbelastete Abfälle aus dem Kraftwerksbetrieb wie Werkzeuge, Arbeitskleidung und Filter verpackt und seit 2002 aufbewahrt. Allerdings ist das Fass bereits derart durchgerostet, dass Flüssigkeit ausgetreten ist und ein anderes, darunter stehendes Fass kontaminiert wurde. Die ausgetretene Flüssigkeit ist bereits eingetrocknet, wie Kraftwerksbetreiberin RWE Nuclear und das Landwirtschaftsministerium meldeten. Die Fässer müssen nun in sogenannte Überfässer verpackt werden.

Restfeuchtigkeit als Ursache?

Vermutet werde, dass eine Restfeuchte in dem Fass das Stahlblech habe korrodieren lassen, sagte ein Kraftwerks-sprecher. Aber abschließend untersucht ist auch dieser Rostfraß nicht. „Das Ereignis sowie die seitens des Betreibers vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Wiederholung werden durch die atomrechtliche Aufsicht und ihren zugezogenen Sachverständigen geprüft und bewertet“, heißt es dazu aus dem zuständigen Ministerium in Wiesbaden.

Laut Atomaufsicht gibt es keine weiteren rostigen Fässer dort. In den sogenannten Positionslagern der beiden ehemaligen Kraftwerksblöcke stehen jeweils 30 Fässer. Diese Fässer seien 2024 und 2025 überprüft worden. Unterdessen laufen auch die Kontrollen auf weitere beschädigte Fässer in den beiden Abfallzwischenlagern auf dem ehemaligen Kraftwerksgelände, die sich in dafür eigenes errichteten Lagerhallen befinden. Es handelt sich aber nicht um das Brennelemente-Zwischenlager für hoch radioaktive Abfälle aus dem Kraftwerksbetrieb. Die Untersuchung aller 653 Fässer unterschiedlicher Größen sei noch nicht abgeschlossen, sagte die BGZ-Sprecherin. Allerdings haben die Kontrolleure zwischenzeitlich drei weitere Fässer entdeckt, die beschädigt sind. Es handle sich um 200-Liter-Fässer mit schwachradioaktiven Abfällen. Die Schäden seien bereits im März entdeckt worden.

Zwei Fässer weisen nach BGZ-Informationen kleine Risse auf, bei einem dritten Fass war ein kleines Loch entdeckt worden. „Die Beschädigungen stammen aus Handhabungen und wurden unverzüglich abgedichtet“, so die Stel-

lungnahme der BGZ. Die Fässer seien aus dem Zwischenlager in die Rückbauanlage des ehemaligen Kraftwerks transportiert worden.

Keine Strahlung freigesetzt

Aber auch diese Schäden hätten keine sicherheitstechnische Relevanz: „Eine Freisetzung radioaktiver Stoffe kann in jedem Fall sicher ausgeschlossen werden“, betont das BGZ. Wenn die umfassende Inspektion aller Fässer in beiden Abfallzwischenlagern abgeschlossen sei, werde die BGZ eine Bilanz veröffentlichen.

Der Fund des ersten Rostfasses im November 2024 im Abfallzwischenlager hat die BGZ und Atomaufsicht indessen offenbar zu einem gründlicheren Kontrollverfahren veranlasst: „Im Rahmen des Fundes im Abfallzwischenlager Biblis 1 erfolgt, zusätzlich zu den Kontrollen gemäß des Gebindeinspektionskonzepts, eine Kontrolle aller dort eingelagerten Stahlblechfässer.“

Demnach finden sowohl Sichtkontrollen der zugänglichen Oberfläche als auch Kontrollen der gesamten Oberfläche statt. Hierfür werde das Fass bewegt, sodass es von allen Seiten begutachtet werden könne, auch den Fassboden. Diese Kontrolle ist keine Kleinigkeit, stehen die Fässer doch aufgestapelt und dicht beieinander. Da sie alle mit Beton ausgegossen sind, ist schon die Bewegung keine Kleinigkeit. Bei 653 Fässern nimmt diese Kontrolle eine geraume Zeit in Anspruch. Damit sind insgesamt sechs Stahlblechfässer – aus unterschiedlichen Gründen – beschädigt worden.

Die Atomaufsicht denkt indessen nicht über eine Veränderung der Materialien nach. „Stahlblechfässer stellen in Verbindung mit regelmäßigen Überprüfungen weiterhin geeignete Gebinde zur Zwischenlagerung für schwach- und mittelradioaktive Abfälle dar“, so das Ministerium. Für eine Endlagerung in Schacht Konrad müssen die Abfälle

ohnehin umgepackt werden. Dafür sind nach Angaben der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) verschiedene Behälter entwickelt und zugelassen worden.

Wann die Zwischenlager indessen geräumt und der Müll in Schacht Konrad

eingelagert werden kann, steht noch nicht fest. Der Termin der Fertigstellung wurde mehrfach verschoben. Derzeit plant die BGE mit 2029 als Jahr der Fertigstellung. Allerdings gibt es noch Klagen von BUND und Nabu gegen das Endlager in Schacht Konrad.

Wörter:	710	Ausgabe:	Nebenausgabe
Autor/-in:	Von Bernhard Zinke	Auflage <sup>1</sup> :	6.327 (gedruckt)
	77		6.703 (verkauft)
Seite:	13		6.881 (verbreitet)
Ressort:	Metropolregion	Reichweite <sup>2</sup> :	0,01819 (in Mio)
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - DiesbachMedien GmbH

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 10/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

## Kommentar zu den Castortransporten

## Sorgfalt vor Schnelligkeit

Es ist den Bürgern mit gesundem Menschenverstand kaum zu erklären, warum die Castoren in Jülich nun jahrelang trotz fehlender Betriebserlaubnis lagern konnten, sich aber plötzlich die Ereignisse überschlagen. Nun können die Transporte den Verantwortlichen offenbar gar nicht schnell genug gehen. 152 Castoren mit rund 300.000 Brennelementen sollen in den kommenden zwei Jahren ins münsterländische Ahaus gebracht werden. Natürlich haben Gerichtsentscheidungen und die Transportgenehmigung der Bundesbehörde BASE die Karten neu gemischt. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass es noch ein laufendes Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin gibt,

dessen Entscheidung dem Vernehmen nach unmittelbar bevorsteht.

Die Transporte werden von einem massiven Aufgebot der Polizei begleitet werden müssen. Es geht dabei nicht nur um aufgebrachte Atomkraftgegner, deren Kalkül es nicht nur ist, maximale Aufmerksamkeit zu erregen, sondern auch, die Transporte so teuer und damit für die Verantwortlichen so unattraktiv wie möglich zu machen. Denn, so die Überlegung der Kernenergie-Kritiker, dann kann kein politischer Entscheidungsträger auf die Idee einer Renaissance der Atomkraft kommen. Transporte gelten überdies als mögliches An-

griffsziel für Terroristen oder „fremde Mächte“, die schon jetzt für zahlreiche Sabotageakte verantwortlich zeichnen.

Insofern ist es gut und richtig, dass das zuständige Polizeipräsidium hier Sorgfalt vor Schnelligkeit walten lässt. Dadurch bekommt das Land mehr Zeit. Einerseits, um sich anderen dringlichen Aufgaben – wie dem Schutz der zahlreichen Weihnachtsmärkte landauf, landab – zu widmen. Außerdem wird schon im Dezember die Gerichtsentscheidung aus Berlin erwartet. Bevor die nicht da ist, dürfen Orano und die Jen keine Fakten schaffen.

Wörter:	241	Ausgabe:	Hauptausgabe
Autor/-in:	von Maximilian Plück	Auflage <sup>1</sup> :	15.149 (gedruckt)
Seite:	4		17.827 (verkauft)
Ressort:	Meinung und Blickpunkt		18.050 (verbreitet)
Rubrik:	Aachener Zeitung Stadt	Reichweite <sup>2</sup> :	0,08287 (in Mio)
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 10/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

Suche nach einem Atommüll-Endlager

## Verfahrenstechnisches Dickschiff

**Gronau.** Es ist eine Generationenaufgabe, eine Entscheidung wird nicht vor Mitte der 40er-Jahre erwartet: Wo in Deutschland ist der bestgeeignete geologische Untergrund, in den rund 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiver Abfall, der in mehr als sechs Jahrzehnten Atomkraft angefallen ist, eingelagert werden kann? Eine Frage, die auch die Gronauer Kommunalpolitik beschäftigt. Zum aktuellen Stand des Standortsuchprozesses, der unter Federführung der Vorhabenträgerin Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) seit einigen Jahren läuft, referierte am Mittwoch im Ausschuss für Mobilität, Klima und Umweltschutz Dr. Peter Goerke-Mallet.

Der als Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Georg Agricola in Bochum tätige Bergbau-Ingenieur ist in Gronau kein Unbekannter. Seine Expertise bringt er in die Forschungs Kooperation mit ein, an der auch die Stadt Gronau beteiligt ist und die sich mit den Auswirkungen des Salzabbaus im Amtsvenn in Bezug auf Bodenbewegungen und Fließhydraulik beschäftigt.

Die Endlagersuche, so machte Goerke-Mallet gleich zu Beginn seiner Präsentation deutlich, konzentriert sich auf Gegenden, in denen für den Zweck geeignete Gesteinsschichten zur Verfügung stehen. Das Lager soll dazu geeignet sein, den Atommüll eine Million Jahre lang sicher aufzubewahren, da er noch Hunderttausende Jahre strahlen wird. Noch ist die Zieladresse unbekannt, die BGE schränkt in ihrem Auswahlprozess das infrage kommen-

de Gebiet in einem wissenschaftsbasierten, vergleichenden und transparenten Verfahren nach und nach ein. Aktuell wird etwas mehr als die Hälfte des Bundesgebiets als ungeeignet für ein Endlager eingestuft.

Der nächste Schritt, so der Bergbau-Experte, stehe Ende 2027 an. Die BGE habe angekündigt, zu diesem Zeitpunkt etwa fünf bis zehn Regionen in Deutschland vorzuschlagen, die sich im Vergleich zu allen anderen Regionen nach dem vorgegebenen Kriterienkatalog als Lagerstandort am besten geeignet erwiesen haben.

Was den Untergrund betrifft, so seien Gesteine wie Ton, Steinsalz oder auch Granit Favoriten für eine Lagerstätte, betonte Goerke-Mallet. Insbesondere erstere Gesteinssorte sei auch in Gronau und der Umgebung vorhanden. Damit leitete der Wissenschaftler auf den Online-Navigator der BGE über, der es seit gut einem Jahr ermöglicht, orts-scharf den aktuellen Stand der Standort-suche abzurufen.

Der Kartenausschnitt für die Dinkelstadt offenbart aktuell noch ein sehr uneinheitliches Bild. Teile des Stadtgebiets, wie unter anderem Gebiete im Stadttosen oder auch südlich der Enscheder Straße vom Amtsvennweg bis hinein in den Kottigerhook, sind nach vorläufigen Untersuchungen als „gering geeignet“ oder „ungeeignet“ eingestuft. Auf der anderen Seite sind große Bereiche, wie etwa ein Strang, der sich quer durchs Stadtgebiet von Nordost nach Südwest zieht, aktuell „noch

in Bearbeitung“ beziehungsweise, wie der Süden von Epe, noch gänzlich unbearbeitet. In jedem Fall außen vor sei das gesamte Eper Kavernenfeld, denn die dortigen Energielagerstätten seien ein definitives Ausschlusskriterium, so der Bergbau-Experte.

Bis es im Suchverfahren einen detaillierten Überblick über das Stadtgebiet gibt, werde es nach Einschätzung von Goerke-Mallet noch einige Jahre dauern. „Vielleicht wird man in zwei Jahren deutlicher sehen, was Sache ist.“

Aus Sicht der Wissenschaft sei das Verfahren sehr von Vorteil: „Wir bekommen einen Überblick über die Geologie von Deutschland, wie es sie in ihrer Detailgenauigkeit vorher noch nicht gegeben hat.“ Der Aufwand, der betrieben wird, sei enorm hoch. Als unverzichtbarer Bestandteil sei eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung implementiert. „Das macht das Ganze zu einem verfahrenstechnischen Dickschiff.“

Dr. Chris Breuer (SPD) erkundigte sich, ob es bei dem Auswahlverfahren eine Rolle spiele, dass es in Gronau eine Urananreicherungsanlage sowie in der Nähe ein Atommüll-Zwischenlager (Ahaus) und eine Brennelemente-Produktion (Lingen) gibt. Der Referent hielt sich in seiner Antwort kurz: „Das steht nicht im Vordergrund.“

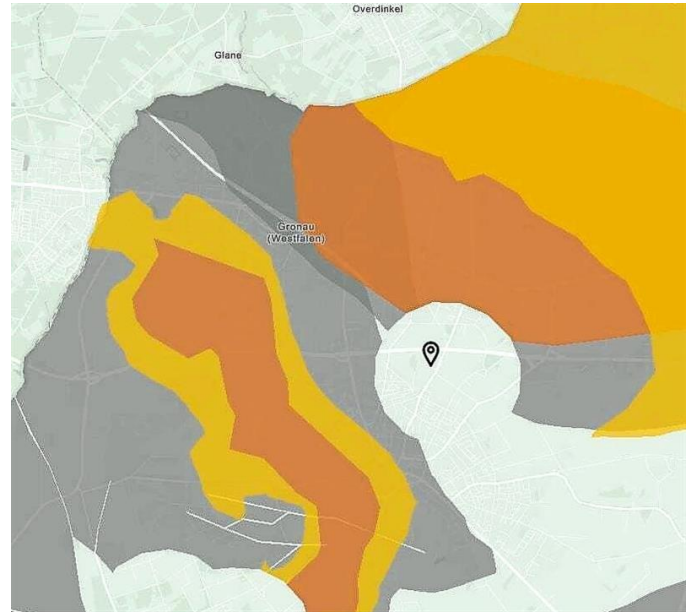
<https://www.bge.de/de/endlagersuche/standortregionen/endlagersuche-navigator/>

Wörter: 619  
Autor/-in: Von Ralph Schippers  
Ressort: rgr  
Seitentitel: rgr  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe  
Auflage<sup>1</sup>: 5.746 (gedruckt)  
6.422 (verkauft)  
7.021 (verbreitet)  
Reichweite<sup>2</sup>: 0,02528 (in Mio)

<sup>1</sup>IVW 3/2025

<sup>2</sup>AGMA ma 2025 Tageszeitungen



Eines der Areale im Stadtgebiet, welches bei der Bestimmung eines nationalen Atommüll-Endlagers bereits zum aktuellen Zeitpunkt außen vor ist: das Kavernenfeld Epe, hier mit der Baustelle des Wasserstoffspeichers der RWE Gas Storage West im Vordergrund. Kleines Bild: Der Navigator der Bundesgesellschaft für Endlagerung weist für Gronau aktuell noch ein unvollständiges Bild zur möglichen Standortfrage aus. Festgestellt werden kann aber auch: Ein geeignetes Areal innerhalb des Stadtgebiets ist aktuell nicht ausgewiesen. Ralph Schippers, BGE

# Endlagersuche: Ungewissheit im Kreis bleibt

## Bundestagsabgeordneter Gebhard: Noch keine Aussage zur Eignung der Region

**Hersfeld-Rotenburg** – Der Bundestagsabgeordnete Wilhelm Gebhard hat eine schriftliche Stellungnahme der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zur geologischen Bewertung des Landkreises Hersfeld-Rotenburg erhalten. Der nächste veröffentlichte Arbeitsstand der BGE ist für Juni 2026 angekündigt, eine Einstufung des Gebiets in Eignungskategorien wird ebenfalls für 2026 erwartet.

Gebhard hatte die BGE um Klärung gebeten, nachdem bekannt geworden war, dass der Landkreis weiterhin als optionales Gebiet im Standortauswahlverfahren geführt wird. In ihrer Antwort stellt die BGE klar, dass das betroffene Teilgebiet im Werra-Fulda-Becken innerhalb der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen derzeit erst die Prüfschritte 1 und 2 durchläuft. Eine konkrete Zuordnung in die Eignungskategorien – von „ungeeignet“ (D) bis „beste Eignung“ (A) – liege noch nicht vor. Erst mit dem nächsten Arbeitsstand im Juni 2026 werde sicht-

bar, ob das Gebiet die grundlegenden Kriterien bestanden habe.

Für die Region bedeute dies, dass bislang keine Aussage über eine potenzielle Eignung getroffen sei, wie Gebhard hervorhebt: „Für die Region ist wichtig zu wissen, dass bisher keine Aussage über eine potenzielle Eignung getroffen wurde. Das schafft Klarheit – allerdings bleibt die Ungewissheit für die Bevölkerung bestehen.“

Ausführlich geht die BGE in ihrer Stellungnahme auf die Bedeutung des jahrzehntelangen Kali-Bergbaus im Landkreis ein. Bergbauliche Einflüsse wirkten sich grundsätzlich negativ auf die Eignung eines Endlagerstandorts aus, heißt es. Neben historischen Risswerken und bekannten Beeinflussungsbereichen würden auch neue Daten zu Tiefe, Ausdehnung und Struktur von Grubenbauen einbezogen.

Für Steinsalz in flacher Lagerung, das im Werra-Fulda-Becken das relevan-

te Wirtsgestein darstellt, habe die BGE nach eigenen Angaben zusätzliche Sicherheitsabstände und Prüfkriterien eingeführt, um verritzte oder anderweitig beeinträchtigte Gebirgsbereiche auszuschließen. Gebhard bewertet diese Verschärfungen positiv, mahnt aber an, dass sie konsequent angewendet werden müssten.

Zugleich stellt die BGE klar, dass derzeit keinerlei Erkundungen vor Ort im Landkreis geplant sind. Erst wenn das Gebiet nach 2026 weiter im Verfahren bleiben sollte, kämen weitere Schritte infrage. Dazu zählen laut BGE-Angaben Ende 2027 ein Vorschlag der Standortregionen durch die BGE an das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung und ein anschließender Parlamentsbeschluss über die Regionen zur überträgigen Erkundung. In der folgenden Phase II wären seismische Messungen, Potenzialanalysen und Bohrungen vorgesehen, in Phase III schließlich eine untertägige Erkundung. RED/DAG

Wörter: 350

Seite: 7

Ressort: Lokales

Medienkanal: PRINT

Mediengattung: Tageszeitung

Medientyp: PRINT

Ausgabe:

Auflage<sup>1</sup>:

Reichweite<sup>2</sup>:

Einzelausgabe

8.534 (gedruckt)

9.534 (verkauft)

9.660 (verbreitet)

0,02625 (in Mio)

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. (c) Hersfelder Zeitung

<sup>1</sup>IVW 3/2025

<sup>2</sup>AGMA ma 2025 Tageszeitungen